

A2 Strukturelle Fragen

Antragsteller*in: Marc Kersten & Jenny Brunner

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Strukturelle Fragen

2 Ein Problem nachhaltig zu lösen, erfordert belastbare Zahlen und Fakten: Deshalb
3 gilt es, das Phänomen der strukturellen Untererfassung von Obdach- und
4 Wohnungslosen methodisch und rechtssystematisch anzugehen.

5 Die Fachleute sind sich zudem einig: Ohne eine praktikable Regelung für
6 Geflüchtete und vor allem auch osteuropäische Arbeitsmigrant*innen, werden wir
7 Obdachlosigkeit nicht überwinden können. Denn letztere machen einen großen Teil
8 aller Obdachlosen aus und werden systembedingt von den meisten Angeboten nicht
9 erreicht. Das macht auch deutlich, dass eine Behandlung nach Gefahrenabwehrrecht
10 keine ausreichende und keine menschenwürdige Rechtsgrundlage ist. Insofern
11 klingt der Ruf nach humanitären und unbürokratischen Lösungen zwar gut und ist
12 verständlich, lässt aber die aus Sicht der Kommunen mangelnde Finanzierung sowie
13 die rechtliche Grauzone, in der sich Verwaltungsangestellte und Sozialarbeitende
14 oft bewegen, außer Acht.

15 Dass EU, Bundes- und Landesregierung einen höheren Anteil der Kosten übernehmen
16 müssen, steht außer Frage. Ein erster Schritt hierzu war der Stärkungspakt für
17 NRW. Doch selbst wenn wir es schaffen, die Kommunen auskömmlich zu finanzieren,
18 z.B. durch Anzapfen von Fördertöpfen, so steht uns immer noch der
19 Fachkräftemangel im Weg, der auch in der Sozialarbeit herrscht. Hier bietet sich
20 geradezu an, osteuropäische Fachkräfte anzuwerben, die hier auf die passende
21 Zielgruppe stoßen und ohne Sprachbarrieren arbeiten könnten.

22 Wer Obdachlosen helfen will, sollte dabei nicht auf Zwang setzen und über ihre
23 Köpfe hinweg nach Lösungen suchen, sondern mit ihnen auf Augenhöhe reden. Doch
24 hierfür müssen wir sie empowerern, damit der bei anderen gesellschaftlichen
25 Gruppen übliche Selbsthilfedanke stärker zum Tragen kommt.

26 Um diese strukturellen Fragen anzugehen, planen und fordern wir:

27 - systematische Änderungen und Ergänzungen beim Wohnungslosenbericht der
28 Bundesregierung

29 - den Bundesgesetzgeber auf, die aus GroKo-Zeiten stammende Blockade der
30 Freizügigkeit für Menschen aus den osteuropäischen EU-Staaten zu überdenken¹

31 - eine Ausweitung von Förderprogrammen zur wirtschaftlichen Entwicklung in
32 Rumänien, Bulgarien und Polen, um den Auswanderungsdruck zu senken²

33 - einen Ausgleichsfonds aus EU-Mitteln, der Länder mit hoher Netto-Immigration
34 stützt

35 - einen alternativen Finanzierungsweg für Kommunen, die auf freiwilliger Basis
36 humanitäre Hilfen und dauerhafte Unterbringungen bieten, in Kooperation von
37 Bund, Land und EU

- 38 - stärkere Integrationsbemühungen und leichter Zugang zu Sprachkursen mit
39 Unterstützung der Jobcenter und unter Nutzung von eHaP-Fördermitteln der EU
- 40 - eine Beratungsstelle im MAGS, um Kommunen bei der Beantragung von
41 Fördergeldern zur Seite zu stehen
- 42 - eine Stärkung und Ausweitung der sozialen Arbeit in der Obdachlosenhilfe durch
43 mehr Personaleinsatz
- 44 - Sozialarbeitende aus Osteuropa gezielt anzuwerben
- 45 - den Ausbau der Fremdsprachenkompetenz im Sozialarbeitsstudium
- 46 - Einführung eines auf Obdachlosen-Streetwork spezialisierten Studiengangs an
47 mindestens zwei NRW-Fachhochschulen und eine stärkere Berücksichtigung in allen
48 Sozialarbeitsstudiengängen
- 49 - ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeitende, um eine vertrauensvolle
50 Zusammenarbeit zu gewährleisten
- 51 - ein neues Wohnungslosenhilfegesetz mit dem wir das Gefahrenabwehrrecht
52 ergänzen, für eine menschenwürdige Behandlung und mehr Rechtssicherheit für
53 Verwaltungsangestellte sorgen wollen
- 54 - landesweite Mindeststandards für Einrichtungen des Obdachlosenhilfe
- 55 - Änderungen u.a. im § 67 SGB XII, mit dem Ziel, innovative Projekte in die
56 Regelfinanzierung zu überführen
- 57 - eine Online-Plattform zur stärkeren Vernetzung der Kommunen mit
58 Orientierungshilfen anhand von Best Practices-Beispielen, wie dem Wichernhaus in
59 Dortmund
- 60 - eine Gleichzeitigkeit von Verbesserungen in allen Kommunen anzustreben, um
61 "Stadthopping" der Szene zu verhindern
- 62 - eine Aufnahme von Wohnungs- und Obdachlosen als benachteiligte Gruppe im
63 künftigen Landes-Antidiskriminierungsgesetz
- 64 - ein weitestgehendes Verbot von obdachlosenfeindlicher (defensiver)
65 Architektur, durch Anpassung der Landesbauordnung oder Änderung des Straßen- und
66 Wegerechts
- 67 - Aufklärung zu Obdachlosigkeit an Schulen und mit Stadtführungen
- 68 - eine breit angelegte Imagekampagne unter Einbeziehung Betroffener, die
69 gängigen Klischeevorstellungen entgegenwirkt
- 70 - bessere Information über eigene Rechte und zustehende Leistungen
- 71 1
- 72 2